

Haushalt und Finanzen 2017



Rede der stellv. Vorsitzenden der Fraktion FAMILIE / DIE LINKE, Frau Sonja Crämer-Gembalczyk, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2017 am 21. Dezember 2016

(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)

Guten Abend,
sehr geehrte Damen und Herren, Herr Landrat, wehrte Anwesende,
als Erstes darf ich mich in Namen der Fraktion, bei den Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung, im Besonderen bei Herrn Heuermann, für ihre freundliche Unterstützung bedanken und Sie alle von meinem Kollegen Herrn Töllers, der heute leider nicht an der Sitzung teilnehmen kann, herzlich grüßen.

Aus diesem Grund werde ich heute unseren Beitrag zur Haushaltsdebatte leisten. Wir als kleine Fraktion möchten an dieser Stelle die Chance nutzen unsere kritischen Einwände gegen über dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu erläutern. Denn wir die Fraktion Familie/Die Linke, dem Salz in der politischen Suppe, wollen Garant sein für sozial ökologische Gerechtigkeit und ein gutes Leben für alle im Kreis.

Vor uns liegt ein Haushalt der Stagnation, wenig zukunftsweisend, schön-malerisch und lediglich auf Bestand bedacht. Ähnlich äußerten wir uns auch das letzte Mal. Nun, am Ende des Jahres und bei näherer Betrachtung, des nun vorliegenden Haushaltes müssen wir sagen, den Anforderungen an einen zukunftsweisenden Etatplan wurden Sie Herr Landrat leider nicht gerecht. Wir sehen einen schönrechneten und in keinster Weise sozialen Haushalt, der nicht annähernd das hält was er uns vorgaukeln will.

Nicht etwa weil Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diesen Plan schlecht kalkuliert hätten, sondern vielmehr weil dieser Haushaltsplan einen ganz anderen kommunalpolitischen Ansatz offenbart, als den unseres Verständnisses.

Bei uns steht der Mensch als Ausgangspunkt jeglichen politischen Handelns an erster Stelle. Leider ist es auch dieses Mal nicht gelungen völlige Transparenz herzustellen. Deshalb müssen Haushaltsdebatten öffentlich, niederschwellig, klar sprachlich und inklusiv geführt werden und die Zahlen – ja, Herr Schulze-Pellengahr, ohne sie geht es nicht - aber sie müssen so aufbereitet werden, dass der interessierte Bürger Sie auch nachvollziehen kann! Der Grundsatz der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit, muss sich auch im kommunalen Haushalt widerspiegeln. Heutige Investitionen und Entscheidungen bestimmen die Zukunft der Menschen im Kreis auf lange Zeit. Die kommunale Praxis belegt, dass bis zu 7% der laufenden Ausgaben steuerbar, das heißt im Rahmen der Haushaltserstellung unmittelbar beeinflussbar sind. Dieses Ermessen zu nutzen, ist die Herausforderung aller Kommunalpolitikerinnen und Politiker. Im Kreis Coesfeld kommt hinzu, dass wir in Bezug auf die Jobcenter eine Optionskommune sind. Wodurch wir ein weiteres Zahnrad für die soziale Gerechtigkeit in der Hand halten.

Als klar wurde, dass dieses mal auf die Ausgleichsrücklage zugegriffen werden soll, waren wir erstens überrascht und zweitens erfreut. Endlich ein richtiges Zeichen für mehr Solidarität. Doch leider folgten keine weiteren Einwirkungen dieser Art im Haushaltsplanentwurf. Wir wünschen uns ein Mehr an Entbürokratisierung und ein viel Mehr an Gestaltungswillen zur Stärkung der Familien, egal wie die konzipiert sind.

Des Weiteren fordern wir ein deutlich höheres Engagement für:

- echte soziale Daseinsfürsorge
- Chancengleichheit
- Entprekatisierung
- den Schutz der Umwelt und allem Leben
- ÖPNV der diesen Namen wirklich verdient
- kommunalen sozialen Wohnungsbau
- Förderung und Unterstützung der Jüngsten und Schwächsten
- Inklusionsbestrebungen, auch umgekehrte Inklusion
- intensivere Einzelfallbetrachtungen im Geltungsbereich des SGB`s und ebenso in der Geflüchteten-Politik
- diese Liste bleibt offen

Dafür Geld – auch viel Geld in knappen Zeiten - in die Hand zu nehmen würde die Lebensqualität und Herstellung von sozial ökologischer Gerechtigkeit deutlich fördern und eine Menge Potenzial freisetzen.

Immer wieder fällt der Begriff des „kleinen Tiger“. Michael Endes Begriff vom „Scheinriesen“ ist hier, meines Erachtens griffiger. Denn je mehr wir uns dem Riesen nähern, umso kleiner wird er.

Denken wir an die Arbeitslosenquoten, die, - nun ja die niedrigsten in NRW sind – im Kreis Coesfeld waren im November 2,8% oder 3.397 Menschen betroffen. Wirklich schöne Zahlen. Sehen wir uns die Statistik genauer an und lenken unser Augenmerk auf die Unterbeschäftigung. Die Unterbeschäftigungsquote bezeichnet nicht Menschen, die unterhalb einer gewissen Wochenstundenzahl arbeiten, sondern die, die unterhalb jeder Beschäftigung sind. Also alle die, die gerade Maßnahmen absolvieren und hin und her geschoben werden, damit die Zahlen gut aussehen. Unsere Quote liegt bei 4,1 % oder 5.001 Einzelschicksalen, das bedeutet dass 6,9%, oder 8398 erwerbsfähige Menschen keine Arbeit haben. Diese Zahlen können Sie mit viel Geduld bei der Suche, der monatlichen Statistik der Agentur für Arbeit entnehmen. Da der Kreis Coesfeld eine Optionskommune ist, trägt er hier die Verantwortung. Für uns ist das Jonglieren mit Einzelschicksalen einfach unverständlich und empörend.

Wir müssen die Arbeitslosenquote auch in Relation zu den Minijobs setzen. Der Minijobsektor boomt im ganzen Münsterland, auffällig ist, dass bei uns 80,4% aller Minijobber/innen gerne mehr und daseinssichernd arbeiten würden. Über dem Durchschnitt liegt der Kreis auch bei denen die nur 100 bis 200 € erwirtschaften. Auffällig auch das Firmen in unserem Kreis nur wenig interessiert sind die Minijobs umzuwandeln. Und natürlich ist auch bei uns der Minijobsektor weiblich. Das geht aus der Befragung der Regionalagentur Münsterland hervor.

Beide Gruppen, die Unterbeschäftigten wie die Minijobber, werden prekarisiert und landen schlussendlich in der Altersgrundsicherung und Armut, die späteren Generationen viel Geld kosten wird. Hier sind nicht die x-ten Hearings und Konferenzen hilfreich, hier muss ein Masterplan für den Kreis her. Handlungsspielräume und Grenzen müssen genutzt werden und Menschen individuell unterstützt und gefördert werden. Jeder da wo er steht und was er braucht. Dieser Grundsatz gilt auch und im Besonderen für die Kinder und Jugendhilfe so wie im Zeichen der Inklusion. Um das zu gewährleisten sind gut ausgebildete Fachkräfte von Nöten.

Eine kleine Anfrage unserer Fraktion offenbarte das es keine eigenen oder Zusammenarbeit mit externen Traumaspezialisten im Kreis für seine Schutzbefohlenen gibt. Doch gerade bei der Behandlung von posttraumatischen Belastungen ist es unsere Pflicht den Menschen schnellst möglich zu helfen. Die Praxis zeigt: hier tun sich nur sehr geringe Zeitfenster auf. Ansonsten erwachsen sich daraus immense Probleme für uns alle.

Förderpädagogen wiederum arbeiten z. B. In der Schule und unterstützen die Lehrkräfte. Ein Wechsel der Bezugsperson ist aus verschiedensten Gründen unzumutbar für alle Beteiligten. Leider sieht die Realität in unseren Schulen ganz anders aus. Die Leidtragenden sind alle Beteiligten - Schüler, Lehrer und Eltern.

Deshalb ist ernsthaft zu bedenken, ob wir in den Haushalt 17 nicht einen Posten einpflegen, um als Kreis in Zukunft ein Leuchtturm Projekt zu entwickeln. Dieser Topf finanziert 3-4 Lehrer/innen bzw. Pädagogen/innen, die genau diese in unserem Kreis seit längerer Zeit nur unzureichend bestehende pädagogische Betreuung abfangen. Damit wird sichergestellt, dass langfristig ein wirklich verantwortungsvolles Unterrichten und Fördern aller Schülerinnen und Schüler stattfinden kann. Den

pädagogischen Fachkräften bietet es ein Mindestmaß an Sicherheit die pädagogische Arbeit, durch den Aufbau eines individuellen Verhältnisses zu jedem einzelnen Betreuten zu gestalten, um, wie gefordert, unsere Kinder, Jugendliche und Schwächsten zu fördern. Bei ihren Schwächen genauso wie bei ihren Stärken. Auch hier liegt ungeahntes Potential brach. Wir müssen ihnen das nötige Rüstzeug fürs Berufsleben mitgeben. Sie haben nicht nur ein Recht darauf, sondern wir werden in einigen Jahren echte Probleme bekommen, wenn wir nicht heute die Investitionen in Schule und Bildung sicherstellen.

Die Landesregierung weist darauf hin, dass schon alle finanzierbaren Kräfte mobilisiert wurden um Unterrichtsausfall zu kompensieren. Die Realität im Kreis Coesfeld zeichnet ein anderes Bild. Es gibt allerdings „weniger“ Unterrichtsausfall, aber erkaufte wird dieser durch massive Überbelastung der Lehrerinnen und Lehrer Fließbandarbeit der pädagogischen Fachkräfte – aber auch die Schülerinnen und Schüler zahlen ihren Preis für eine verfehlte Bildungspolitik, in dem sie sich in immer kürzerer Zeit immer mehr aneignen müssen. Natürlich leiden auch die Familien unter diesen Umständen. Aber Bildung lässt sich nicht „just in time“ verwirklichen. Die Schulen nehmen in ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag Schaden – auch im Kreis Coesfeld – wenn kaum noch Zeit für die Entwicklung von Gemeinsinn, von sozialem und politischem Engagement und für eine sinnstiftende persönliche Entfaltung des Einzelnen und der Perspektive von Mündigkeit entsteht. Hier sind wir als Kreis gefragt ausgleichend einzuwirken.

Als Beispiel für ein gelungenes Projekt, für eine wirklich inklusive, angenehme und für alle tragbare Schule sei nur die Primusschule in Münster genannt, die hervorragende Arbeit leistet. Zeigt sie doch auch das die umgekehrte Inklusion einen echten Gewinn für alle Menschen und die pädagogischen und Förderschwerpunkt basierten Institutionen im Kreis darstellen kann. Die vom Gesetzgeber geforderte Inklusion gibt es allerdings nicht zum Nulltarif.

Die Wertigkeit die wir der Inklusion zu weisen, sollten wir durch ein zusätzliches politisches Gremium unterstreichen. Zu denken sei da etwa an einen Inklusionsbeirat/Kommission in dem neben Vertretern der Betroffenenverbände, auch Mitglieder der Kreistags tätig sind. Eine so gewaltige Aufgabe, wie den Umbau zu einer inklusiven Gesellschaft bedarf der Regelung und Einwirkung der Politik. Inklusion ist ein Gewinn für jeden, auch und im Besonderen für die Familien. Wer hier investiert, fördert seine Menschen, belebt seine Städte, Dörfer und liebenswerten „Käffer“.

Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen und Mobilität sind im 21. Jahrhundert Grundvoraussetzung für einen florierenden Landkreis. Zukunftsweisende Wirtschaftspolitik wird heute unter anderem durch Mobilität und gute Infrastruktur definiert. Wer nicht bereit ist, heute in Straßen und Nahverkehr zu investieren, der wird in Zukunft durch Industriewanderung, Steuerausfall und Verluste von Arbeitsplätzen belohnt. Wer seine Städte, aber im Besonderen seine Dörfer und kleinen Gemeinden - liebens und lebenswert erhalten will, darf Investitionen in die Mobilität nicht scheuen.

Dazu gehört auch und gerade ein ÖPNV Netz möglichst nah am Menschen und möglichst effektiv für die Umwelt und möglichst tragfähig ohne Ehrenamt. Meine Fraktion schlägt vor, jegliches Dogma über Bord zu werfen und über einen bargeldlosen, solidarisch finanzierten ÖPNV nach zu denken. Beispiele gibt es mittlerweile einige. Das, unterfüttert mit einem dichten, niedrigtaktigen Netz, wäre ein echter Gewinn.

Außerdem fällt dann ein Sozialticket ganz weg, weil es nicht mehr benötigt werden würde. Das wäre endlich ein Sozialticket im Kreis Coesfeld das seinen Namen verdient, nicht überteuert ist und nicht an den Bedürfnissen vorbei Existiert als Feigenblatt.

Leider finden wir im vorliegenden Haushalt auch dieses Jahr keinen einzigen Posten zur Stärkung unserer bäuerlichen Betriebe oder der Nebenerwerbslandwirtschaft. Dabei ist der Kreis Coesfeld ein Landkreis geprägt durch seine bäuerlichen Strukturen. Schon im Februar mussten wir darauf hinweisen, wer unsere wunderschöne Parklandschaft erhalten will, braucht eine gesunde Landwirtschaft. Damit meinen wir nicht die Agrargroßfabriken und Intensiv Massentierhaltung. Zahlreichen bäuerlichen Betrieben im Kreis geht es schlecht. Sie, die Tiere und unser schönes Münsterland verpflichten geradezu, Agrarindustriebetriebe und intensiv Massentierhaltung auf zu halten und zur Werterhaltung, ländlich strukturierte Landwirte zu unterstützen.

Nicht versäumen möchten wir an dieser Stelle, auf die geplante Erweiterung der Kreishäuser einzugehen. Abgesehen davon, wie sinnvoll und nötig – oder auch nicht – dieses Unterfangen ist: Es

kann doch nicht ernsthaft ihr Wille sein, über alle demokratischen Gremien hinweg zu entscheiden!!!
So geht das nicht!

Kommen wir zum Stellenplan, in dem innerhalb von zwei Jahren 47 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Das ist eine positive Entwicklung und unbedingt zu unterstützen. Es ist unerhört darüber nachzudenken, wie man sie wieder einspart! Das wäre wiederum ein Sparen an Einzelschicksalen. Und: gehen diese 47 Menschen dann in die Unterbeschäftigung?

Der Kreis mit seiner Vorbildfunktion sollte im Gegenteil dringlichst all seine befristeten Verträge überprüfen und sie in zukunftsprospektive umwandeln und alles dafür tun bereits bestehende Plätze zu erhalten.

Im Kreis Coesfeld, vergleichsweise finanziell auf guten Füßen stehend, leben ca. 220.000 Menschen. Menschen die einen sozial ökologisch gerechten Haushalt erwarten dürfen. Das gibt dieser Entwurf nicht her. Er ist wenig hilfreich unseren Kreis flächendeckend nachhaltig positiv zu verändern.

Ohne Haushaltsplan, der orientiert ist am Wohl und Teilhabe aller im Kreis lebender Menschen, Tieren und der Natur, können wir in Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und der nachfolgenden Generationen diesen Haushalt so nicht mittragen. Solange hier keine vernünftige, nachhaltige Politik installiert wird, um die Sorgen und Probleme der Menschen und allem Lebens in unserem Kreis planvoll anzugehen, sind wir gezwungen und bleibt uns auch gar nichts anderes übrig, als den vorliegenden Haushaltsentwurf ab zu lehnen und Nein zu sagen.

Nun wünsche ich Ihnen allen noch ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

- - -